

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 07.05.2009  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verw. gebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzende**  
Meyer, Elfriede

**SPD-Fraktion**  
Bamminger, Berendine  
Bornemann, Bernd  
Mecklenburg, Rico  
Meinen, Regina  
Swieter, Benjamin (bis 19:00 Uhr)

**CDU-Fraktion**  
Bongartz, Helmut für Reinhard Hegewald  
Verlee, Carmen

**FDP-Fraktion**  
Ammersken, Heino  
Bolinius, Erich für Rolf Bolinius (bis 18:35 Uhr)

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
Renken, Bernd

**Fraktion DIE LINKE. Grundmandat**  
Koziolk, Stephan-Gerhard

**Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder**  
Brandt, Birka  
Buisker, Herbert  
Geerken, Rainer  
Kalvelage, Arthur (bis 18:35 Uhr)  
Lorenz, Gerhard für Josef Kaufhold

**Verwaltungsvorstand**  
Docter, Andreas (bis 18:35 Uhr)  
Lutz, Martin

**von der Verwaltung**  
Sprengelmeyer, Thomas  
Baumann, Albert  
Buß, Thomas  
Lier, Robert

**Protokollführung**  
Rauch, Agnes

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

### **Gast**

Herr Krömer, Landesschulbehörde

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau E. Meyer** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses vom 12.03.2009

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses vom 12.03.2009 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Schulentwicklungsplanung der Stadt Emden  
Vorlage: 15/1029/1

**Herr Lutz** stellt zunächst kurz den bisherigen Verlauf der Schulentwicklungsplanung der Stadt Emden dar. Die Verwaltung sei letztendlich zu dem Ergebnis gekommen, dem Rat einen Vorschlag zu unterbreiten, eine achtzügige IGS mit zwei Standorten einzurichten. Nunmehr würden jedoch ein Antrag der SPD-Fraktion und ein Antrag der FDP-Fraktion vorliegen, über die heute in Vorbereitung für die im Juni stattfindende Ratssitzung ebenfalls abgestimmt werden müssten.

**Herr Sprengelmeyer** bemerkt zum Verfahren, er bitte zunächst die SPD-Fraktion und dann anschließend die FDP-Fraktion um Erläuterung ihrer Anträge. Danach würde dann die Stellungnahme der Verwaltung dazu abgegeben werden. Hinsichtlich der Beschlusslage schlage er

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

vor, zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung, dann über den Antrag der FDP-Fraktion und abschließend über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abzustimmen.

**Herr Buß** erläutert einige Stellungnahmen, die in den Tagen zu dieser Thematik bei der Stadt Emden eingegangen seien.

**Frau E. Meyer** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Bornemann** führt aus, in seinem Vortrag wolle er zunächst auf die Cirksenaschule eingehen, was die Schulplanung und die Meinung der SPD-Fraktion angehe. Es seien zwar viele Aktionen seitens der Schüler, Eltern und Lehrer gestartet worden, doch könne die SPD-Fraktion diese Wünsche und Hoffnungen nicht erfüllen. Diese Entscheidung habe jedoch nichts mit der hervorragenden Arbeit an der Schule zu tun. Herr Bornemann erinnert daran, wie sehr sich die SPD vor fünf Jahren für den Erhalt dieses Schulstandorts eingesetzt habe. Es falle seiner Fraktion nicht leicht, Schüler, Lehrer und Eltern zu enttäuschen. Doch würden die Zahlen der zukünftigen Hauptschüler in Emden dazu zwingen, mindestens einen Hauptschulstandort zu schließen. Auch das Modell A der Verwaltung mit den vier kleinen Stadtteilschulen würde den Bestand der Cirksenaschule nicht garantieren. Die Verwaltung habe seinerzeit selbst erhebliche Zweifel an der Genehmigungsfähigkeit gehabt und wenn dieses nunmehr auch zugelassen würde, sei jedenfalls neben einer fünfzügigen integrierten Gesamtschule auf keinen Fall der Erhalt von drei Stadtteilschulen möglich. Neben dem Argument der Rückzahlungspflicht für die verbauten IZBB-Mittel an anderen Standorten sei für die Entscheidung der SPD-Fraktion vor allem ausschlaggebend gewesen, dass an der Stelle der Cirksenaschule für die unmittelbar betroffenen zukünftigen Schüler im Grundschulbereich aus dem Stadtteil Port Arthur/Transvaal eine erhebliche Verbesserung und Aufwertung in der Grundschulversorgung erreicht würde. Eine solche Chance habe man an keinem anderen Standort in Emden.

Hinsichtlich der zeitlichen Situation führt Herr Bornemann aus, im Februar 2008 habe die Verwaltung im Schulausschuss die Daten und Fakten zur Schulentwicklungsplanung vorgelegt. Dieses Zahlenwerk habe die Schuljahre 2002/2003 bis 2022/2023 umfasst. Das Fazit sei damals gewesen, dass die Entwicklung Veränderungen zwingend erforderlich mache. Kernaussage der Zeitleiste sei gewesen, dass Entscheidungen zur Schulentwicklungsplanung bis zum Herbst 2008 unbedingt erforderlich seien, sodass die Umsetzung dann zum Schuljahr 2009/2010 erfolgen könne. Aus den Reihen der Ratsfraktion habe es zu der bestehenden Notwendigkeit und der Zeitleiste seines Erachtens keinerlei Widerspruch gegeben. Die SPD-Fraktion habe immer wieder auf eine zügige Behandlung, eine frühzeitige Elterninformation und –befragung zur Ein- und Errichtung einer IGS gedrängt. Diese Elternbefragung sei dann letztlich erst im Dezember 2008 durchgeführt worden, sodass schon dadurch ein ganzes Schuljahr verloren gegangen sei. Seine Fraktion könne daher nicht verstehen, dass jetzt leichtfertig erklärt werde, es sei keinerlei Problem, die Entscheidung noch einmal für ein weiteres Jahr aufzuschieben. Eine erneute Elternbefragung würde zwangsläufig zu diesem Ergebnis führen. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei dieses nicht zu verantworten und den Eltern wirklich nicht mehr zuzumuten. Durch die durchgeführte Elternbefragung sei weit mehr als ein ausreichendes Bedürfnis für die Errichtung einer IGS in Emden festgestellt worden. Daher sei es die Pflicht des Rates der Stadt Emden nach Prüfung und Bewertung aller Fakten die endgültige Standortentscheidung zu treffen. Diese Entscheidung könne niemanden abgenommen werden. Auch stelle das beste Befragungsergebnis keine verbindliche Anmeldung dar, sodass immer eine gewisse Unsicherheit verbleiben werde.

Herr Bornemann bittet die anderen Fraktionen im Rat der Stadt Emden über das von den Eltern gewollte zusätzliche Angebot einer IGS in Emden zu entscheiden. Bezüglich der finanziellen Seite erklärt er, dieser Druck würde die Stadt Emden nicht in besonders schwierigen Haushaltsjahren treffen. Nach den bisherigen Aussagen der Verwaltung werde bis zum Jahr 2015 ein Investitionsbedarf von ca. 8,3 Mio. € entstehen. Davon würden auf den Standort Osterburg-

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

schule nach Auskunft 5 Mio. € entfallen. Auch gäbe es zum Ende des Schuljahres 2011/2012 dort keine räumlichen Probleme und die Osterburgschule biete aufgrund der gegenwärtigen städtischen Investitionen hervorragende Möglichkeiten für die Errichtung einer IGS. Die Mehrkosten gegenüber der Beschlussvorlage der Verwaltung würden sich auf 1,6 Mio. € belaufen. Dieses sei der SPD-Fraktion eine Verbesserung des Bildungsangebotes um die zusätzliche Wahlmöglichkeit der Schüler für den Besuch einer IGS in Emden ganz eindeutig wert. Außerdem sei seine Fraktion davon überzeugt, dass bei den in Emden vorhandenen Rahmenbedingungen die Entscheidung für eine IGS am Standort Osterburgschule die besten Chancen für einen Erfolg dieser Schulform biete.

Abschließend stellt Herr Bornemann fest, die erforderlichen Veränderungen müssten so sanft wie möglich herbeigeführt werden. Aus Sicht der der SPD-Fraktion sei es nicht richtig, zum jetzigen Zeitpunkt nur noch einen einzigen Hauptschulstandort im Stadtgebiet anzubieten. Veränderungen hinsichtlich der Grund-, Haupt- und Realschule Wybelsum würden gegenwärtig nicht für erforderlich gehalten. Der Aufwertung der Barenburgschule zur Stadtteilschule mit Realschulangebot sowie der Sicherung des Bestandes der Realschule Emden stimme seine Fraktion ebenso zu. Der Bestand der beiden Gymnasien JAG und GAT sowie der Besuch der Gymnasien durch die Schüler aus den Gemeinden Hinte und Krummhörn stehe auch außer Frage.

**Herr Bolinius** erklärt, in Zusammenarbeit mit der Landesschulbehörde sei eine Elternbefragung durchgeführt worden und es hätten sich 60,47 % der Erziehungsberechtigten bei einer Rücklaufquote von 67,05 % für eine IGS ausgesprochen. Jedoch konnte man hier von einer innenstadtnahen Einrichtung ausgehen. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass Borssum nicht innenstadtnah sei und stelle aus diesem Grunde den Antrag, eine erneute Elternbefragung durchzuführen. Seines Erachtens sei es durchaus möglich, dass die Eltern nunmehr zu einer anderen Auffassung kämen und die notwendigen Prozentzahlen nicht erreicht würden. Herr Bolinius verliest ein Schreiben der Osterburgschule, in dem Zweifel geäußert würden, ob die geforderte Fünfzügigkeit erreicht werden könne.

Weiter führt Herr Bolinius aus, außerdem kämen enorme Kosten auf die Stadt Emden zu. Gerade im Hinblick auf den Rückgang der Gewerbesteuern in den nächsten Jahren müsse man sich fragen, wo dieses Geld hergenommen werden solle. Er betont, seine Fraktion sei nicht gegen eine IGS, warne jedoch vor Schnellschüssen und schlage vor, in Ruhe noch einmal eine Elternbefragung durchzuführen.

**Herr Sprengelmeyer** bemerkt hinsichtlich der Stellungnahme der Lehrerschaft der Osterburgschule, wenn an einer bestehenden Schule eine IGS eingerichtet werde, werde nicht das ganze Kollegium übernommen, sondern nur einzelne Lehrer, die auch an einer IGS arbeiten möchten.

**Herr Buß** verweist bezüglich der Elternumfrage auf die Niederschrift der letzten Schulausschuss-Sitzung vom 12.03.09. Dort habe er bereits Ausführungen zu diesem Punkt getätigt. Die erhobenen Zahlen aufgrund der Elternumfrage seien aussagekräftig. Auch führe die geplante Änderung des Schulgesetzes nicht zur Ungültigkeit der Umfrage. Ebenfalls sei die Formulierung abgestimmt mit der Landesschulbehörde als korrekt anerkannt worden. Er stellt bezüglich des Antrages der FDP-Fraktion fest, eine erneute Umfrage wäre zwar zulässig, aber keinesfalls erforderlich.

Zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion führt Herr Buß aus, dieser umfasse eine Schullandschaft, die zehn Grundschulen abbilden würde. Wie im Verwaltungsvorschlag würden die Grundschulen Emsschule und Nesserland in der neuen Grundschule Cirksena zusammengeführt werden. Es würde zwei Haupt- und Realschulen in Barenburg und in Wybelsum geben. Zudem hätte die Realschule Emden weiterhin Bestand. An der Osterburgschule würde eine IGS errichtet und die beiden Gymnasien blieben erhalten. Auf der Grundlage einer durchgängigen Fünfzügigkeit und der Annahme, dass eine Sekundarstufe II an diesem Standort eingerichtet

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

werde, seien die Kosten auf ca. 5 Mio. € veranschlagt worden. Allerdings seien die Investitionen abhängig von der tatsächlichen Zügigkeit und den nachweisbaren Bedürfnissen an einer Sekundarstufe II. Diese Bedürfnisse könnten aber erst dann nachgewiesen werden, wenn die Schule einige Jahre in Betrieb sei. Nach seinen Berechnungen wären die baulichen Anlagen frühestens zum 01.08.2013 fertig zu stellen. Der Umfang sei davon abhängig, wie diese Schule letztlich angenommen werde. Auch der Bedarf an zusätzlichen Lernmitteln und Ausstattungsgegenständen richte sich letztlich nach dem Konzept, welches jedoch noch nicht vorliege.

Herr Buß erklärt anschließend, welche Auswirkungen die Entscheidung zugunsten der Osterburgschule haben werde.

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, die Sekundarstufe II könnte erst zum Schuljahr 2013/2014 beantragt werden. Er weist weiter darauf hin, wenn in Emden eine fünfzügige IGS eingerichtet werde, dann könnten keine Schüler aus den Gemeinden Hinte und Krummhörn aufgenommen werden. In diesem Sinne wäre dann der Vertrag im Rahmen des Lastenausgleichs mit dem Landkreis Aurich zu verändern.

**Herr Renken** bittet um Auskunft zum Verfahren. Seines Erachtens sei der Antrag der FDP-Fraktion erst drei Tage alt und würde hinsichtlich der Antragsfristen nicht passen.

**Herr Sprengelmeyer** betont, es handele sich hierbei um einen Ratsantrag, der auch im Rat behandelt werde. Dieses sei ohne eine vorherige Behandlung im Ausschuss schwierig. Zudem beziehe sich der Ratsantrag der FDP-Fraktion auch auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

**Herr Ammersken** betont, seine Fraktion ziehe an keiner Stelle die juristische Gültigkeit der Umfrage der Verwaltung in Zweifel, sondern die qualitative Aussagekraft zum heutigen Zeitpunkt. Von daher bitte er die SPD-Fraktion, sich einer erneuten Elternbefragung zu stellen.

**Herr Mecklenburg** erklärt, man könne allerdings auch zu dem Ergebnis kommen, dass alles versucht werde, um möglicherweise noch einmal ein Jahr zu gewinnen, in dem es in Emden keine Gesamtschule gäbe.

**Herr Renken** führt aus, seine Fraktion habe sich dafür entschieden, offensiv für die Einrichtung einer IGS einzutreten und die dafür notwendigen Schritte auch hier im Rat durchzuführen. Derzeit habe man es mit zwei wesentlichen Faktoren in diesem Land zu tun. Dieses spiegle sich ganz deutlich in dem Chaos wieder, was zurzeit auf Landesebene in der Schulpolitik veranstaltet werde. Die Befragung habe ganz eindeutig offen gelegt, dass bei weit mehr Eltern das Bedürfnis vorhanden sei, ihre Kinder auf eine IGS zu schicken. Dieses sei quasi ein Auftrag an die kommunale Politik, sich damit auseinanderzusetzen.

Er erklärt weiter, das Problem, was sich nunmehr stelle, sei, wie ein zusätzliches Angebot geschaffen werden könnte, dass nicht zulasten einer anderen Schule gehe. Für seine Fraktion sei es ein kritischer Punkt gewesen, eine Befragung durchzuführen mit dem Begriff „innenstadtnah“. Am Ende werde dann ein nichtinnenstadtnaher Standort angestrebt. Dieses sei für viele eine bittere Enttäuschung.

Herr Renken bemerkt, die Gymnasien und die beiden Berufsbildenden Schulen arbeiteten im Sekundarbereich II räumlich und fachlich sehr gut zusammen. Dieses habe sich bewährt. Wenn jetzt eine fünfte Schule in diesen Verbund Sekundarstufe II angehängt werden solle, werde es sehr schwierig, dieses Angebot auch in eine IGS einzubinden. Seine Fraktion hätte sich gewünscht, an dem innenstadtnahen zentralen Standort der Wallschule anzufangen und abzuwarten, wie sich die Dinge entwickeln würden. Diese Form sei auch ein sanfter Übergang, um in

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

aller Ruhe im Jahr 2011/2012 dann eine Entscheidung über den endgültigen Standort zu treffen.

Hinsichtlich der Cirksenaschule betont Herr Renken, durch den damaligen Beschluss vor vier oder fünf Jahren sei seines Erachtens das Ende der damaligen Schule schon eingeläutet worden. Es sei bedauerlich, denn die Schule hätte in den letzten Jahren eine gute Entwicklung gemacht. Er habe volles Verständnis für den Protest, sehe aber unter den gegebenen Umständen nicht mehr, wie man einen einzügigen Schulstandort auf Dauer rechtfertigen könne.

**Herr Bongartz** bittet im Hinblick auf die letzte Schulstrukturreform darum, die heutige Diskussion mit einer großen Gelassenheit sachlich zu führen und zu argumentieren, um dann den Mehrheitsbeschluss gemeinsam umzusetzen.

Bezüglich des Antrages der FDP-Fraktion erklärt er, seine Fraktion unterstütze diesen Antrag. Bei der Befragung sei es sicherlich eine hohe Motivation für die Eltern gewesen, dass ihre Kinder noch in 13 Jahren das Abitur machen könnten. Diese Situation sei nicht mehr gegeben.

Herr Bongartz führt aus, die IGS sei ein zusätzliches schulisches Angebot zum dreigliedrigen Schulsystem. Emden habe mit seinen 51.000 Einwohnern zwei Vollgymnasien, ein Wirtschaftsgymnasium und fünf Fachgymnasien, eine alleinige Realschule und drei Schulstandorte, an denen der Haupt- und Realschulabschluss erreicht werden könne. Seiner Meinung nach sei dieses eine hervorragende schulische Landschaft. Dazu solle jetzt noch eine IGS als ein zusätzliches Angebot hinzugegeben werden, was Investitionen von mehr als 5 Mio. € auslösen werde. Laut Herrn Lutz würden auf die Stadt Emden finanziell bewegte Zeiten zukommen. Aus diesem Grunde habe seine Fraktion Bedenken, zumal auch der Oberbürgermeister vor zwei Jahren in einer Neujahrsansprache die Cirksenaschule in besonderem Maße erwähnt habe, dass gerade an dieser Schule außerordentliche Programme eingeführt werden sollten. Auch sei für die Förderung der Hauptschule Cirksenaschule Geld im Haushalt zur Verfügung gestellt worden. Und nunmehr solle diese Schule geschlossen werden.

Herr Bongartz bemerkt, seine Fraktion werde den Plänen in dieser Form nicht zustimmen. Abschließend betont er, nicht die Stadt Emden habe beschlossen, dass keine Kinder aus den Gemeinden Hinte und Krummhörn eine IGS in Emden besuchen dürften, sondern der Landkreis Aurich.

**Herr Bornemann** erklärt, seines Erachtens sei hier eine Vertragsänderung erforderlich. Der Vertrag würde besagen, dass die Schüler aus diesen beiden Gemeinden bis zum Jahr 2020 alle allgemeinbildenden Schulen in Emden besuchen dürften. Wenn der Landkreis Aurich dieses nicht wolle, müsse dieser Vertrag an der Stelle geändert werden.

Weiter führt Herr Bornemann aus, die Hauptschülerzahlen für das Jahr 2015 könnten heute noch nicht endgültig vorhergesagt werden. Darum habe die SPD-Fraktion in ihrem Antrag ausdrücklich gesagt, sie sehe heute noch keine Notwendigkeit nur einen einzigen Hauptschulstandort vorzuhalten.

Herr Bornemann betont, es sei deutlich geworden, dass die Fragen nach den tatsächlichen Kosten wirklich erst beantwortet werden können, wenn die Vorbereitungsgruppe richtig gearbeitet und die Pläne endgültig auf dem Tisch liegen würden. Bezüglich der Anregung von Herrn Renken, zunächst mit einem Standort Wallschule anzufangen, erklärt Herr Bornemann, seine Fraktion habe sich natürlich auch mit dieser Frage beschäftigt, weil der Förderverein der IGS dieses auch vorgeschlagen habe. Wenn die Eltern ihre Kinder in dieser IGS angemeldet hätten, wären sie drei Jahre im Unklaren gewesen, wo ihre Kinder anschließend hin müssten. Dieses wolle man den Eltern nicht zumuten. Auf der anderen Seite hätten die Eltern und Schüler am GAT, an der Realschule, Osterburgschule warten müssen, was mit der Schulentwicklung ei-

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

gentlich passiere. Diese gesamte Verunsicherung in einem ganz großen Maße in der Stadt Emden sei für seine Fraktion der schlechtere Weg gewesen. Aus diesem Grunde habe man diese klare Entscheidung für die Osterburgschule getroffen. Wenn eine neue Elternbefragung gemacht werde, würde wieder ein Jahr verloren gehen und die 202 Eltern, die sich für eine IGS ausgesprochen hätten, vor die Tür gesetzt werden. Er bitte darum, eine Entscheidung jetzt zu treffen.

**Herr Koziolk** erklärt, seine Fraktion werde dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen, weil damit eine IGS am Stadtrand Emdens installiert werde. Weiter führt er aus, zudem werde in Emden eine funktionierende Hauptschule zugunsten der IGS in Borssum geopfert. Die Fraktion DIE LINKE. fordere eine neue Elternbefragung, ob ein IGS-Standort in Borssum Akzeptanz finden werde.

**Herr Buisker** stellt fest, dass die Diskussionen hier nicht anders seien als im Stadtelternrat. Wenn tatsächlich etwas unternommen werde, sollte dieses seiner Meinung nach auch so gut sein, dass es von vornherein erfolversprechend sei. Er habe die Befürchtung, dass beim Beschlussvorschlag der SPD zwar versucht werde, möglichst gut zu bauen, trotzdem habe die Schule schlechte Startbedingungen. Seiner Ansicht nach gäbe es eigentlich nur zwei Alternativen. Zum einen werde eine erneute Elternbefragung durchgeführt, weil sich viele grundsätzliche Sachen geändert hätten. Auch könnte das Problem entstehen, dass durch die Anmeldung der Schüler die Qualität einer IGS nicht erreicht werde. Das zweite sei, die IGS beginne zunächst in der zentral gelegenen Wallschule, die größtenteils leer stehe. Nach zwei bis drei Jahren sei erkennbar, wie das Anmeldeverhalten der Eltern dort sei.

Weiter erklärt Herr Buisker, sollte sich jetzt der SPD-Antrag durchsetzen, dann müsste aber auch ein Sekundarbereich II gebaut werden. Das bedeute nichts anderes, als dass in den nächsten Jahren wieder darüber diskutiert werde, welche Schule geschlossen werden müsse, da in Borssum neue Räume benötigt werden, die an anderen Schulen leer stehen würden. Bezüglich der Schuleinzugsgebiete gibt Herr Buisker zu bedenken, dass die Osterburgschule im Einzugsgebiet des GAT liege.

**Frau Brandt** ergänzt, es sei den Eltern auch sehr wichtig, dass nicht so lange diskutiert werde, da dadurch immer mehr Stress für alle Beteiligten verursacht werde. Manchmal sei eine alternative Lösung besser als überhaupt keine Lösung. Der Stadtelternrat habe gefordert, eine IGS einzurichten, jedoch nicht auf Kosten von anderen Schulen. Die Aufhebung der Schulgrenzbezirke würde ihrer Meinung nach auch deutlich machen, welche Schulen überflüssig seien. Dadurch würden sich viel Stress und viele Diskussionen vermeiden lassen. Bezüglich der Schullandschaft in Emden sei sie der Meinung, dass ein weiterer Schulzweig durchaus von vielen Schülern gewollt sei, die auch bereit seien, für den Besuch einer IGS weite Wege zurückzulegen. Wenn man jetzt über den Standort weiter diskutieren wolle, sollte man sich überlegen, was man wirklich wolle und dann entscheiden, damit endlich mal Ruhe einkehre

**Herr Bornemann** stellt heraus, durch eine weitere Elternbefragung würde erneut ein Jahr verloren gehen. Darum halte seine Fraktion an ihrem Antrag fest. Zudem würde eine neue Befragung eine Verwirrung schaffen, die der Sache nicht angemessen sei. Er stimmt Frau Brandt zu, dass endlich eine Entscheidung herbeigeführt werden müsse. In einer der letzten Schulausschuss-Sitzungen habe er gesagt, man würde gerne etwas Nachhaltiges schaffen. Doch unter den gegebenen Voraussetzungen mit den Veränderungen wisse niemand, was von der Landesregierung wirklich bis zum nächsten Schuljahr entschieden werde.

**Herr Mecklenburg** ergänzt, Sinn und Zweck einer Elternbefragung sei einzig und allein, dass schulische Bedürfnis für diese Schulform festzustellen und nicht für einen Standort. Es sei lediglich darauf hingewiesen worden, dass es sich um einen innenstadtnahen Standort handele.

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

Weiter bemerkt er, auch bei einer erneuten Elternbefragung würden die Eltern wieder völlig unverbindlich entscheiden. Sie diene lediglich dazu, dass schulische Bedürfnisse überhaupt festzustellen. Dieses sei bereits gesetzmäßig völlig einwandfrei geschehen und eine Wiederholung würde auch nicht mehr Sicherheit bringen.

**Herr Ammersken** stimmt Herrn Mecklenburg zu, eine Elternbefragung ziele darauf ab, die schulischen Bedürfnisse festzustellen. Seine Fraktion wolle jedoch hier den Standort mit benennen, da dieses ein Argument für die Elternschaft sei, ihre Kinder in eine Schule zu schicken. Diese Information dürfe seiner Ansicht nach nicht ausgeklammert werden.

**Herr Renken** hält eine erneute Befragung auch nicht für erforderlich. Die erste Befragung habe ergeben, dass in Emden das Bedürfnis nach einer weiteren Schulform bestehe und als Ergänzung des bestehenden Systems auch vom Schulelternrat gewünscht werde. Er halte den Vorschlag bezüglich der Wallschule, der auch von Herrn Buisker angesprochen worden sei, durchaus für vernünftig und bitte darum, darüber noch einmal nachzudenken.

Hinsichtlich der Schuleinzugsbereiche sei die Befürchtung geäußert worden, dass bei der Einrichtung einer IGS in Borssum das GAT besonders darunter leiden werde. Seiner Ansicht nach sei dieses nicht einsichtig, weil der Zugang zur IGS für alle Schüler in Emden gegeben sei. Nach Auflösung der Orientierungsstufe vor fünf Jahren habe auch seine Fraktion der Einrichtung von Schuleinzugsbereichen zugestimmt. Ziel sei es gewesen, nachdem sich die Verhältnisse insoweit reguliert hätten, diese für die Gymnasien wieder aufzuheben. Er könne nicht nachvollziehen, warum die SPD-Fraktion jetzt nicht die Gelegenheit nutze und die Schuleinzugsbereiche für Gymnasien aufhebe.

**Herr Bongartz** bittet Herrn Renken, auch die Meinungen anderer zu akzeptieren und anschließend darüber abzustimmen. Wenn es nunmehr eine Mehrheit geben werde, dann würden alle das Ergebnis gewissenhaft unterstützen.

**Herr Bornemann** führt aus, die SPD-Fraktion habe sich natürlich auch mit dem Thema der Schuleinzugsbereiche beschäftigt und darüber nachgedacht, ob sie einen dementsprechenden Antrag stellen sollten. Doch sie habe den Antrag letztlich nicht gestellt, da aufgrund des Raum Mangels im JAG zurzeit eine echte freie Wahl zwischen den Gymnasien ausgeschlossen sei. Zusätzliche Schüler könne dieses Gymnasium derzeit nicht aufnehmen. Dennoch müsse darüber noch diskutiert werden und er schließe einen solchen Antrag seitens seiner Fraktion überhaupt nicht aus.

**Herr Bolinius** erkundigt sich nach den Kosten für die gesamte Umstellung.

**Herr Lutz** entgegnet, er habe nicht gesagt, dass die Gewerbesteuern zurückgehen würden, sondern, dass der Finanzausgleich zurückgehe. Auch seien die Gelder aus den letzten zwei guten Jahren schon verbraucht, sodass man die Gelder für das Konjunkturprogramm teilweise kreditfinanzieren müsse.

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, an der Osterburgschule bestehe ein Investitionsbedarf in Höhe von 5 Mio. €. Hinzu kämen weitere Kosten, sodass man insgesamt auf 9 Mio. € komme. Diese Summe beinhalte u. a. auch die Mensa im GAT, den Umbau der Wybelsumer Schule und die Grundschulsanierung Cirksenaschule.

**Herr Lutz** erklärt, den Bürgern in dieser Stadt müsse eine Antwort gegeben werden, daher sei eine Entscheidung notwendig. Er weist darauf hin, dass diese 9 Mio. € auch von der Stadt geschultert werden müssten. Das Land verlange von der Stadt Emden eine Zusicherung dahingehend, dass diese Schule auch entsprechend ausgestattet werde. Es müsse sich jeder darüber im Klaren sein, was dieses in den zukünftigen Haushaltsjahren bedeuten werde.



## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Lutz fasst zusammen, es würden jetzt zwei Anträge vorliegen, die nach der Geschäftsordnung zulässig seien. Er schlägt vor, zunächst über die Beschlussvorlage der Verwaltung, dann anschließend über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion und abschließend über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abzustimmen.

**Frau E. Meyer** lässt zunächst über die Beschlussvorlage 15/1029/1 abstimmen.

Ja: 0	Nein: 15	Enthaltungen: 0
-------	----------	-----------------

Danach lässt sie über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Ja: 4	Nein: 9	Enthaltungen: 2
-------	---------	-----------------

Abschließend lässt sie dann über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Ja: 7	Nein: 5	Enthaltungen: 3
-------	---------	-----------------

**Frau E. Meyer** stellt fest, damit sei der Änderungsantrag der SPD-Fraktion angenommen.

### **abweichender Beschluss:**

Die Schulen in der Stadt Emden werden ab dem Schuljahr 2010/2011 mit folgenden schulorganisatorischen Änderungen geführt:

Das Modell führt zu folgenden schulorganisatorische Maßnahmen (die in Klammern angegebene Zügigkeit der Schulformen bezieht sich auf das Schuljahr 2014/2015).

1. Die Hauptschule Cirksenaschule wird zum 31.07.2013 in der Form auslaufend aufgehoben, dass beginnend ab dem Schuljahr 2010/2011 keine Schüler/Schülerinnen mehr in die Jahrgangsstufe 5 aufgenommen werden. Die im Schuljahr 2012/2013 in den Jahrgängen 8 und 9 beschulten Jugendlichen wechseln zum Schuljahr 2013/2014 in die Haupt- und Realschule Barenburgschule.
2. Die Grundschule Emsschule und die Grundschule Nesserland, einschl. Schulkindergarten, werden zum 01.08.2013 zusammengelegt (dreizügig). Die Schule führt den Namen „Grundschule Cirksena“.  
Die Grundschule Nesserland zieht bereits zum 01.08.2010 in das Gebäude der Hauptschule Cirksenaschule ein.  
Die Grundschule Emsschule zieht zum 01.08.2013 in das Gebäude der bisherigen Hauptschule Cirksenaschule ein.  
Die Grundschule Cirksena wird als Ganztagschule errichtet.  
Das Medienzentrum zieht ebenfalls zum 01.08.2013 in die Grundschule Cirksena ein.
3. An der Barenburgschule wird ein Realschulzweig errichtet.  
Die Barenburgschule wird zum 01.08.2010 Haupt- und Realschule (einzügig Hauptschule / ein- bis zweizügig Realschule).

Schulbezirk Realschule Barenburg:	Grundschule Fruchteburg und Grüner Weg
Schulbezirk Hauptschule Barenburg:	Grundschule Fruchteburg; Grüner Weg, Cirksena, Herrentor, Petkum/Widdelswehr, Westerburg und Wolthusen

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

4. Die Schule Wybelsum wird wie bisher als Grundschule (einzügig), Hauptschule (einzügig) und Realschule (ein- bis zweizügig) geführt.

Schulbezirk Haupt- und Realschule: Grundschule Constantia, Larrelt und Wybelsum

5. Die Haupt- und Realschule Osterburgschule wird zum 31.07.2015 in der Form auslaufend aufgehoben, dass beginnend ab dem Schuljahr 2010/2011 keine Schüler/Schülerinnen mehr in die Jahrgangsstufe 5 aufgenommen werden.
6. Die Integrierte Gesamtschule Emden wird zum 01.08.2010 aufbauend errichtet (fünfstufig). Die IGS Emden zieht zum 01.08.2010 in das Gebäude der Osterburgschule ein. Die IGS Emden wird als Ganztagschule errichtet. Die IGS Emden soll mit einer Sekundarstufe II geführt werden. Der entsprechende Antrag ist rechtzeitig bei der Landesschulbehörde zu stellen.
7. Die Realschule Emden bleibt als Realschule erhalten (dreizügig).
8. Das Gymnasium am Treckfahrtstief und das Johannes-Althusius-Gymnasium bleiben als Gymnasien ohne Änderungen mit den bisherigen Schulbezirken und hinsichtlich des JAG mit der Außenstelle Pewsum erhalten.

Die erforderlichen schulrechtlichen Genehmigungen sind einzuholen.

**TOP 6** Freiwilliger kommunaler Zuschuss zu den Schul- und Lernmitteln  
Vorlage: 15/0602/3

**Herr Lutz** bittet darum, diesen Tagesordnungspunkt gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 8 zu beraten und bittet Herrn Renken um eine kurze Begründung seines Antrages.

**Herr Renken** erläutert zunächst seinen Antrag und erklärt, mittlerweile habe sich eine neue Konstellation ergeben, sodass auch die Schüler bis zum 13. Schuljahr von dieser Regelung profitierten und darüber hinaus der Kreis der Leistungsempfänger ausgeweitet worden sei. Mit seinem Antrag wolle er sicherstellen, dass diejenigen, die nunmehr aus der gesetzlichen Regelung fallen würden, auch weiterhin einen Zuschuss bekämen.

**Herr Lutz** weist zunächst darauf hin, dass der vorliegende Beschlussvorschlag zeitlich befristet und noch nicht abschließend beschlossen worden sei. Weiter betont er, es sei nicht die Aufgabe der Kommunen, aus ihren Steuereinnahmen Reparaturbetrieb für Bund und Land zu sein.

Anschließend stellt Herr Lutz heraus, die letzten Haushaltsjahre seien recht gut gewesen. Noch in diesem Jahr werde mit etwa 45 Mio. € Gewerbesteuererinnahmen gerechnet. Das werde seiner Ansicht nach so nicht weitergehen. Zurzeit sei die Verwaltung bei den Budgetverhandlungen weit davon entfernt, für das Jahr 2010 einen ausgeglichenen Wirtschaftsplan nach dem NKR vorlegen zu können. Hierüber werde er in der nächsten Ratssitzung genauer berichten. Wenn es jedoch zu einer Haushaltskonsolidierung komme, könnte auch ggf. diese freiwillige Leistung auf den Prüfstand kommen.

**Herr Bongartz** bemerkt, es stehe den Kommunen frei, zusätzliche soziale Leistungen zu erbringen. Der Rat der Stadt Emden habe sich einstimmig dafür entschieden. Seiner Meinung nach gehöre es auch mit zu den Aufgaben, aus eigenen Kräften und Mitteln solche sozialen Leistungen zu gestalten, ohne gleich ein Reparaturbetrieb für Bund und Land zu sein. Weiter führt Herr Bongartz aus, es gehe jetzt darum, aufgrund der Finanzsituation der Stadt Emden zu entscheiden, ob der freiwillige kommunale Zuschuss weitergewährt werden solle.

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

**Herr Buß** betont, die Emdener Lösung umfasse einen Personenkreis, der weitaus weitreichender sei als der, der von der Bundesregelung erfasst werde. Zusätzlich habe man hier eine Lösung aus dem laufenden Schuljahr im Grunde genommen analog vorgeschlagen mit der Änderung, die Leistung im kommenden Schuljahr auszuzahlen. Im letzten Jahr habe man mit Gutscheinen gearbeitet. Herr Buß weist darauf hin, wenn der Rat einen entsprechenden Beschluss fasse und die Mittel der Bundesregelung anpasse, dann habe dieses auch erhebliche finanzielle Auswirkungen auf die Stadt Emden.

**Herr Bornemann** stellt heraus, dieser Beschlussvorschlag beinhalte lediglich, dass - solange die Bundesregelung noch nicht existiere - wie bisher weitergemacht werde. Dabei werde zukünftig nicht mehr mit Gutscheinen gearbeitet. Für die weitergehende Regelung liege im Moment noch kein Antrag vor, sodass man sich zu einem späteren Zeitpunkt über einen evtl. Antrag und eine damit verbundene Entscheidung verständigen müsse.

**Herr Renken** stimmt Herrn Bornemann zu. Es stelle sich jedoch die Frage, ob in den Berechnungen beinhaltet sei, dass der Empfängerkreis deutlich erweitert worden sei. und ob sich die Berechnungen von der Höhe des Budgets bereits auf die Regelung beziehe, die Anfang März zwischen den Koalitionsfraktionen beschlossen worden sei. Auf der anderen Seite sei er der Ansicht, wenn dieses tatsächlich im Rahmen des Konjunkturpakets so beschlossen worden sei, dass dann eine Zweiklassengesellschaft aufgemacht werde. Er erwarte dann auch eine Lösung von der Verwaltung als Vorlage, die davon ausgehe, dass die Höhe des Betrages an die Bundesregelung angepasst werde.

**Herr Lutz** ist der Meinung, natürlich sei es einfach, Geld auszugeben, was noch nicht eingenommen worden sei. Die Berechnung sei nach dem damaligen Stand vorgenommen worden. Wenn jetzt der Wunsch da sei, die Summe zu erhöhen, habe dieses erhebliche Auswirkungen. Er bittet darum, ein wenig vorsichtiger mit den zusätzlichen freiwilligen Leistungen zu sein und weist darauf hin, dass in den Folgejahren der Abbau deutlich schwerer sein werde.

**Beschluss:** Die Stadt Emden gewährt weiterhin auf Antrag einen freiwilligen kommunalen Zuschuss zu den Schul- und Lernmitteln für berechtigte Schüler/Innen in den Schuljahrgängen 1 und 5 in Höhe von 70 € und in den Schuljahrgängen 2 bis 4 und 6 bis 13 sowie an den Fachoberschulen und Fachgymnasien der Berufsbildenden Schulen in Höhe von 40 €

Diese Regelung gilt solange, bis eine bundes- bzw. landesrechtliche Regelung in Kraft tritt, die eine entsprechende Berücksichtigung der Schul- und Lernmittel beinhaltet.

**Ergebnis:** einstimmig

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

### MITTEILUNGSVORLAGEN

- TOP 7** Intensivierung der Zusammenarbeit mit Hillingdon;  
- Reise einer städtischen Delegation im Dezember 2008  
Vorlage: 15/1089

**Herr Sprengelmeyer** weist darauf hin, dass der Gegenbesuch der Delegation aus Hillingdon voraussichtlich in der Zeit vom 04. bis 06.06.09 stattfinden werde. Auch sei im Rahmen dieses Besuchs ein Treffen mit den Vertretern aller Schule ab dem Sek. Bereich I geplant.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

- TOP 8** Städtische Lernmittelhilfe und gesetzliche Neuregelungen;  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.01.2009  
Vorlage: 15/1134

Diese Mitteilungsvorlage wurde bereits unter TOP 6 beraten.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

- TOP 9** Raumangebot Sportunterricht am Johannes-Althusius-Gymnasium;  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 25.03.2009  
Vorlage: 15/1135

**Herr Renken** führt aus, sein Antrag sei quasi die Bitte an die Verwaltung, ein Konzept vorzulegen, wie dem Mangel an Sporträumlichkeiten am JAG abgeholfen werden könne.

**Herr Buß** erläutert die Stellungnahme der Verwaltung ausführlich. Abschließend stellt er fest, es sei bekannt, dass in Emden ein Bedarf bei den Turnhallen bestehe. Dieser sei bereits während der Schulentwicklungsplanung der Raumplanung zur Schulstrukturreform 2004/2005 nachgewiesen worden. Letztendlich könne dieser Bedarf nur dann gedeckt werden, wenn eine neue Turnhalle gebaut werde. Die Kosten seien in Zusammenarbeit mit dem Gebäudemanagement für eine Einfachturnhalle auf ca. 2,6 Mio. €, für eine Zweifachturnhalle auf ca. 5,4 Mio. € und für eine Dreifachturnhalle auf ca. 6,0 Mio. € ermittelt worden.

**Herr Bornemann** bemerkt, ehe man über den Bau einer neuen Turnhalle nachdenke, sollte geprüft werden, wie hoch der Sanierungsbedarf bei der vorhandenen Bundeswehrsporthalle sei. Hierzu seien im Haushalt Mittel eingestellt worden. Weiterhin sollte mit den Schulen geklärt werden, ob diese Sporthalle räumlich auch erreichbar sei. Abschließend stellt Herr Bornemann die Frage, ob es in Absprache mit dem ISV die Möglichkeit gäbe, auch deren Sporthalle für den Sportunterricht zu nutzen.

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, für die Herrichtung und Erschließung der Kasernenhalle würde eine Kostenschätzung in Höhe von 2 Mio. € vorliegen. Zusätzlich käme dann noch das Problem der Zuwegung hinzu.

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

**Herr Buß** führt aus, er habe bereits mit dem ISV gesprochen. Dieser Verein sei zurzeit mehr als ausgebucht. Zudem erfülle die ISV-Halle nicht die Anforderungen einer Sporthalle für den Schulsportbereich.

**Frau Brandt** fragt an, welche Auflagen ein Gymnasium für den Sportunterricht erfüllen müsse.

**Herr Buß** entgegnet, um die Anforderungen für den Schulsport erfüllen zu können, müsste eine Sporthalle u. a. auch eine bestimmte Größe haben. Eine sogenannte Einfachhalle müsste demnach 15 m x 27 m x 7 m groß sein.

Auf die Frage von **Herrn Buisker** nach der Größe der Turnhalle auf dem Kasernengelände, antwortet Herr Buß, diese sei eine sogenannte Zweifachturnhalle gewesen, die über die Maße 22 m x 44 m x 7 m verfüge.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 10** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

### 1. Genehmigung des Nachtragshaushalts

**Herr Lutz** gibt bekannt, dass nunmehr die Genehmigung für den Ursprungshaushalt und für den Nachtrag vorliegen würde. Es sei jedoch die Bedingung gestellt worden, dass Kredite nur aufgenommen werden dürften, wenn sie tatsächlich erforderlich seien.

### 2. Sportpark Barenburg

**Herr Buß** erklärt, es seien die Aufträge zur Sanierung der Sportanlagen auf dem ehemaligen Kasernengelände herausgegeben worden. Diese Sanierung umfasse die Laufbahn, das Kleinspielfeld, die Kugelstoßanlage. Zudem werde auch noch eine Containeranlage aufgestellt, die einen Umkleide-, Sanitär- und Lagerbereich enthalte. Außerdem werde eine Flutlichtanlage installiert. Diese Aufträge konnten vergeben werden, da eine Finanzierung über EFRE-Mittel durchgeführt werde und eine Gegenfinanzierung über Mittel der Städtebauförderung und der IZBB-Mittel sichergestellt sei.

### 3. Grundschule Petkum

**Herr Buß** bemerkt, die Grundschule Petkum habe ein Konzept vorgelegt, in dem sie beabsichtige, eine Nachmittagsbetreuung einzurichten und eine Ganztagschule zu werden. Das Konzept müsse jedoch noch geprüft werden.

**TOP 11** Anfragen

### 1. Förderschule

**Frau Bamminger** erkundigt sich zum Stand bezüglich der Förderschule.

**Herr Baumann** erklärt, leider gäbe es hier noch nichts Neues zu berichten. Zwar habe ein Beweissicherungsverfahren stattgefunden, doch nach Auskunft des Juristischen Dienstes sei das Verfahren noch nicht abgeschlossen, da noch nicht alle Ergebnisse vorliegen würden. Es könne davon ausgegangen werden, dass Mitte bis Ende Mai die Ergebnisse dem Landgericht Aurich übermittelt würden.

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Schulausschusses

**Frau E. Meyer** fragt an, ob es keine Handhabe gäbe, um die Angelegenheit zu beschleunigen, da die Räumlichkeiten von der Schule dringend benötigt würden.

**Herr Lutz** erläutert die derzeitige Situation und bittet darum, die Beweislage zunächst abzuwarten, sodass die Versicherung auch später die Kosten übernehme.

**Herr Buisker** fragt an, ob sich die Werte mittlerweile minimiert hätten.

**Herr Baumann** führt aus, leider seien die Werte noch genauso katastrophal wie am Anfang. Von daher könnten die Räume nicht genutzt werden.

### 2. Essensversorgung an den Ganztagschulen

**Herr Mecklenburg** erkundigt sich nach dem Essenskonzept an den Ganztagschulen. Seiner Meinung nach seien die derzeitige Situation und die Bedingungen bis auf wenige Ausnahme relativ unbefriedigend. Er führt aus, in der Gemeinde Hinte würden die Mittagessen generell für alle Schüler für 1 € angeboten, sodass dieses auch relativ gut genutzt werde. Er bitte darum, sich möglichst noch in diesem Jahr mit einem Essenskonzept auseinander zu setzen.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, das Thema Verpflegung sei aus vielen Blickwinkeln zu betrachten. Zwar läge bereits ein umfassendes Konzept vor, doch an einem Gesamtkonzept werde noch gearbeitet. Dieses Konzept beinhalte neben dem qualitativ guten Essen auch die Organisation und die Finanzierung. Herr Sprengelmeyer sagt einen Bericht für die nächste Ausschuss-Sitzung zu.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.